

Privatinvestor will das Steinmetzhaus



Das Steinmetzhaus in Himmelpforten hat eine geschichtsträchtige Vergangenheit und war in den vergangenen Jahrzehnten Wohnheim für Pflegebedürftige und psychisch Kranke. Es ist mittlerweile hochgradig sanierungsbedürftig und steht seit langem zum Verkauf.

HIMMELPFORTEN. Gemeinde Himmelpforten und Bethel im Norden werden sich nicht einig über das Gebäude – Ratsmehrheit für Flächenerwerb.

Eigentlich hatte der Gemeinderat Himmelpforten am 9. Februar 2015 beschlossen, das gesamte Steinmetzgelände der Bethel-Gruppe inklusive Gebäude zu erwerben. Bekanntermaßen soll zwischen Bundesstraße 73, Bahnhofstraße und Mühlenstraße ein neues Einkaufszentrum entstehen – und die Gemeinde will die Planungshoheit behalten. Aber die Kauf-Verhandlungen um das bald verwaiste Wohnheim für psychisch Kranke gestalteten sich schwierig. Bethel im Norden favorisiere einen privaten Investor mit Plänen für ein Bewegungsbad, Therapieräume und Wohnungen, hieß es am Dienstagabend in der Ratssitzung. Nun ist guter Rat teuer.

In einer für Himmelpfortener Verhältnisse selten hitzigen und angespannten Sitzung mussten die Politiker und Politikerinnen den Spagat schaffen, über eigentlich vertrauliche Verhandlungen zu informieren und zu diskutieren. Denn die Öffentlichkeit lechzt nach Informationen zum Einzelhandels-Projekt der Bünting-Gruppe aus Leer und den Bestrebungen der Politik, den sensiblen innerörtlichen Bereich mit einem neuen Bebauungsplan gut zu überplanen. So folgten auch an diesem Abend 17 Zuhörer der Debatte.

Die Handelskette Bunting ist angetreten, als Investor die bestehende Gewerbefläche an der Bahnhofstraße zu vergrößern und dort einen Standort für ihren Combi-Markt, einen neuen Aldi-Markt, eine



Rossmann-Filiale und einen kleineren Shop zu schaffen. Rewe – auch das ist bekannt – zieht sich aus Himmelpforten zurück. Der Markt schließt im September, informierte Bürgermeister Bernd Reimers (SPD) die Öffentlichkeit.

Sprecher von SPD und CDU-Fraktion betonten am Montagabend, dass ihre Fraktionen zu diesem Einzelhandelskonzept stehen. Es entspringt einem Fachgutachten, das es als 1a-Lösung bezeichnet. Eine Gegenposition vertritt die Grüne Ursula Männich-Polenz. Sie kämpft mit einer Bürgerinitiative für den Erhalt des Steinmetz-Biotops, das den Plänen weitgehend zum Opfer fallen würde. Die Grünen möchten den Einzelhandel eine Nummer kleiner und sehen Alternativen auf dem Gelände Kutscher. Außerdem bemängeln sie, dass die zugesagte Bürgerbeteiligung erst stattfinden soll, wenn Planungen vorliegen.

Doch die Planungen lassen auf sich warten. Bis jetzt sei noch kein Planer eingeschaltet, informierte Bürgermeister Reimers in der Bürgerfragestunde. Geredet und verhandelt werde viel – allein es fehlten die Ergebnisse.



Das gilt auch für die Verhandlungen zwischen der Gemeinde und Bethel im Norden. Ein Kaufvertrag kam nicht zustande. Dabei geht es nicht um den Preis, sondern um die Nutzung des historischen Steinmetzhauses, das zum Klostergelände gehört und als Keimzelle Himmelpfortens gilt. Nach Darstellung von Sozialdemokrat Lothar Wille habe Bethel signalisiert, dass es die Pläne des privaten Investors für das alte Gebäude gutheiße. Dem Unternehmen sei wichtig,

was in der Nachbarschaft passiere. Es will den psychisch kranken Bewohnern nichts Unkalkulierbares zumuten. Der Umzug in die Neubauten sei aufregend genug.

Während sich Udo Elfers (CDU) darüber erboste, dass der Träger der stationären Einrichtung einem Privatmann eher traue als der Gemeinde oder der Samtgemeinde, zeigte Lothar Wille gewisses Verständnis. „Wir selbst haben ja keine konkreten Pläne entwickelt.“

Das Steinmetz-Haus und die großen Grünflächen der Anlage stehen seit langem zum Verkauf. Bethel im Norden hatte sich für Neubauten im rückwärtigen Bereich entschieden, weil sich eine Sanierung mit über einer Million Euro nicht rechnete. Wer immer das Haus betreibt, muss hohe Brandschutzaufgaben erfüllen.

Die Gemeinde hatte das Gebäude kaufen wollen, um es für die Allgemeinheit zu sichern, nicht um es mit Leben zu füllen oder gar zu renovieren. Ideen in Richtung Gründerzentrum, Mehrgenerationenhaus oder Dienststellen-Gebäude, wie sie auch von Samtgemeindebürgermeister Holger Falcke kamen, hätten erst nach dem Kauf genauer diskutiert werden können. Auch hatte sich die Gemeinde eine Hintertür offen lassen wollen und einen Weiterverkauf an die Bunting-Gruppe nach zwei Jahren als Option verabredet – für den Fall, dass sich keine kommunale Lösung finde.

Wie nun weiter zu verfahren ist, war im Gemeinderat umstritten. Mit neun Ja-Stimmen setzten Politiker (SPD, Grüne und WG) durch, dass Bürgermeister Bernd Reimers ermächtigt wird, Verhandlungen bezüglich des Kaufes der freien Flächen zu führen (die den privaten Investor wohl nicht interessieren). Zwar sollen auch weitere Verhandlungen bezüglich des Steinmetzhauses geführt werden. Doch im Grunde ist das Gebäude von den Verhandlungen um das Gelände abgekoppelt.

Die Mehrheit im Rat will so das Einzelhandels-Projekt vorantreiben. Bürgermeister Reimers, Lothar Wille, Yvonne Hennig und Manuela Mahlke-Göhring (alle SPD) wollen das Projekt nicht weiter verzögern. Es sei genug geredet worden. Nach ihrer Ansicht warten die Himmelpfortener auf neue Märkte. Darauf würden sie oft angesprochen. Auch Ursula Männich-Polenz (Grüne) stimmte für den Erwerb, wenn auch aus einem anderen Grund: „Ich möchte das Steinmetzwäldchen sichern.“

Die CDU stimmte gegen die neue Linie. „Wir halten am Ratsbeschluss vom 9. Februar fest“, erklärten Sprecher Michael Meyer, Udo Elfers und ihre Fraktionskollegen. Man dürfe sich die Chance auf den Erhalt des geschichtsträchtigen Steinmetzhauses nicht entgehen lassen. „Wenn es erst einmal weg ist, ist es weg. Das finde ich bedenklich“, so Maria Stegmann. Einen Appell in diese Richtung hatte in der Einwohnerfragestunde auch Hans Wehber, Sprecher der örtlichen Werbegemeinschaft, formuliert.

Zum wiederholten Mal war in der Einwohnerfragestunde eine Nachfrage gekommen, ob seinerzeit auch Edeka/Tiedemann Interesse am Bau eines neuen Marktes in Himmelpforten gezeigt habe. Bürgermeister Bernd Reimers erklärte, dass dies eine von sehr vielen Anfragen in den vergangenen Jahren gewesen sei. Man habe alle stets an die Investorengruppe auf Gibraltar verwiesen, die im Besitz der jetzigen Alt-Immobilien ist und als schwieriger Verhandlungspartner gilt. „Und dann haben wir nie wieder etwas gehört.“